

Z. VIII. 1918

## Die geplante Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.

### Vorschläge der Bevölkerung.

Morgen wird der Stadtrat über den Antrag des Direktors Spängler entscheiden, der im Interesse der weiteren Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehrs in Wien eine in das Erwerbsleben der Stadt tiefeinschneidende Drosselung vorschlägt. Die Anträge des Straßenbahndirektors sowie deren Begründung sind allgemein bekannt: Schluß des Tagesverkehrs um 9 Uhr abends und Einschränkung des Verkehrs durch Rückverlegung der Endstationen.

In einer Besprechung, die, wie berichtet, der Bürgermeister mit den Vertretern der Tagesblätter am Freitag voriger Woche hatte, erklärte Dr. Weisskirchner, im Stadtrat für eine Verkehrsverlängerung bis 1/10 Uhr abends eintreten zu wollen. Ob der Antrag des Bürgermeisters zum Beschluß erhoben wird, kann natürlich nicht vorausgesagt werden, um so mehr, als, wie uns mitgeteilt wird, eine nicht geringe Anzahl von Stadträten für diese Art der Drosselung des einzigen Volksverkehrsmittels nicht einzutreten beabsichtigt. Die halbe Stunde Verlängerung, die man auch nach bekannten Mustern eine Zubuße nennen könnte, bedeutet im Verkehrsweisen der Großstadt so viel wie gar nichts. Auch nach 1/10 Uhr abends sind in Wien viele tausende arbeitsame Menschen in ihren Büreaux und Arbeitsräumen zurückgehalten, für die die Einstellung des Verkehrs eine vollständige Umwälzung ihrer Zeiteinteilung, wenn nicht gar eine Katastrophe wäre. Die Zahl der in Wien tätigen Personen, deren Arbeitsstätte von ihrem Wohnorte sehr entfernt ist und die bei dem unzulänglichen Stadtbahnverkehr auf die Straßenbahn angewiesen sind, zählt nach vielen Hunderttausenden und nach 9 oder 1/10 Uhr abends noch nach mehreren Zehntausenden. Sie alle müßten den Heimweg dann zu Fuß antreten, was bei den teureren Schuhpreisen keineswegs anzupfehlen wäre, oder in der Nähe ihrer Berufstätigkeit eine Wohnung ausfindig machen, also bei der bestehenden Wohnungsnot ein wenig ausfichtsreiches Vorhaben.

Diese Gründe allein, die uns durch Zuschriften aus der Bevölkerung immer wieder bekräftigt werden, zeigen, wie folgenreich der Entschluß des Stadtrates werden könnte. Nicht minder beachtenswert sind aus der großen Zahl der uns zugekommenen Briefe jene, die in der durchgehenden **Bunnen-Id** zu Mittel, zur

wesentlichen Entlastung des Straßenbahnverkehrs ecklichen wollen. Die Forderung nach möglichster Sparsamkeit des Menschenmaterials findet auch zu Beginn des fünften Kriegsjahres nicht die erforderliche Berücksichtigung," so schreibt uns eine Dame, „denn in den meisten staatlichen und militärischen Betrieben wird noch immer die längst als unpraktisch erkannte geteilte Arbeitszeit beibehalten. Die Mittagspause ist unter den geänderten Verhältnissen eine Einführung, die keinen Erholungswert hat. Eine Unmasse Menschen drängt sich in den Straßenbahnwagen, um nach Hause zu kommen, und nach kurzen Verweilen, nach hastigem Einnehmen des länglichen Mittagessens wieder rechtzeitig ins Amt, in den Betrieb zu kommen. Müde, abgespannt wird die Nachmittagsarbeit begonnen, deren Ergebnis dann häufig nicht zur Befriedigung ausfällt. Wenn diese Mittagspause entfiel und dem Personal allgemein das Durcharbeiten gestattet würde, so wären die Straßenbahnwagen, die gegenwärtig von tausenden Angehörigen benützt werden müssen, beträchtlich entlastet, es wäre damit eine Schonung des Wagenmaterials verbunden.“

Mit ganz besonderem Nachdruck wird in einer andern Zuschrift auf den völlig unmöglichen Verkehr der Stadtbahn verwiesen und unter Anführung von Einzelheiten eine bessere Anschlußmöglichkeit in der Früh oder abends für Reisende mit Fernzügen gefordert oder aber auch die Verlängerung der Fahrten auf der Stadtbahn zu allen Tageszeiten gefordert. Mit Zustimmung wird der Vorschlag des Bürgermeisters aufgenommen in der Denkschrift an den Kaiser auf die übermäßige Belastung der Straßenbahnen durch den Transport der durchziehenden Soldaten von und zu den Bahnhöfen. Eine gründliche Abhilfe in dieser Richtung durch direkte Bahntransporte wäre jedenfalls eine Erleichterung.

Allen Zuschriften gemeinsam ist die Hoffnung, daß die weitere Drosselung des Straßenbahnverkehrs über die bisher geltenden Maßnahmen hinaus unterbleibe, und wenn sie schon in einer oder der andern Form erfolgen müßte, nicht so einschneidend sein möge, wie sie beantragt wird.